

STEPHAN RAABE
LEITER DES AUSLANDSBÜROS
POLEN

26. September 2008

www.kas.de/polen

Europaweite Kampagne gegen den Lissabon-Vertrag?

Der irische Unternehmer Declan Ganley wirbt in Warschau für seine Bewegung „Libertas“, mit der er bei der Europawahl gegen den Lissabon-Vertrag streiten will.

Declan Ganley, ein 40jähriger reicher irischer Unternehmer mit engen Handelsbeziehungen in die USA, wurde in Europa im Frühjahr bekannt durch seine Kampagne gegen den Lissabon-Vertrag beim irischen Referendum über den Vertrag. Die irische Regierung verlor das Referendum am 12. Juni, wodurch die EU erneut vor einem großen Problem steht. Im Dezember soll die irische Regierung die anderen EU-Mitglieder darüber informieren, wie sie mit dem Ratifizierungsprozess fortzufahren gedenkt. Der Vertrag muss von allen 27 EU-Staaten bestätigt werden, bevor er in Kraft treten kann.

Wie die ZDF-Sendung „Heute in Europa“ am 23. September berichtete, gibt es jetzt in Brüssel Vermutungen, neokonservative Kreise in den USA könnten den Kopf der Nein-Kampagne in Irland unterstützt haben. Ganley, dessen Hauptkunde das amerikanische Pentagon sei, habe zugegeben, über 200.000 Euro in das politische Engagement investiert zu haben. Daraufhin forderte nicht nur der Präsident des EU-Parlaments, Hans-Gerd Pöttering, Aufklärung über die Hintergründe der Finanzierung der Anti-Lissabon Kampagne: Die Karten müssten jetzt auf den Tisch gelegt werden, sagte Pöttering dem ZDF. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert ihn mit den Worten:

„Wir fordern totale Transparenz. Wir können nicht doppelte Standards zulassen und müssen wissen, wie viel Geld Libertas hatte und woher es kam.“ In Irland gilt eine Höchstgrenze von 6.000 Euro für Wahlkampfspenden, weshalb Ganley auch von der irischen Regierung und den größten Oppositionsparteien zunehmend unter Druck gerät. Irlands Europaminister Dick Roche sagte: Die irischen Bürger hätten ein Recht darauf zu wissen, wer die Fäden ziehe und was die Motive für eine so gut finanzierte Anti-Kampagne seien. Ein Sprecher der EU-Kommission verwies ebenfalls auf den Mangel an Transparenz und meinte, auch wenn eine strengere Gesetzgebung fehle, sollte es für die, welche Transparenz von Europa fordern, nicht zu viel verlangt sein, selbst Transparenz zu üben.

In Warschau bot nun das - unter anderem vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments unterstützte - Institut „Demos Europa. Zentrum für europäische Strategien“ in Kooperation mit dem Springer-Magazin „Newsweek Polska“ dem irischen Hasardeur ein willkommenes Podium für seine Agitation. Die liberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ (370.000 Auflage) und die konservative Tageszeitung „Rzeczpospolita“ (130.000 Auflage) berichteten am 24. September darüber wie auch die nationalkonservative Zeitung „Nasz Dziennik“. Ganley, so heißt es, wolle die EU-Parlamentswahlen zu einem Referendum gegen den Lissabon-Vertrag machen. Dafür solle die von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

STEPHAN RAABE
LEITER DES AUSLANDSBÜROS
POLEN

26. September 2008

www.kas.de/polen

ihm gegründete und finanzierte Bewegung „Libertas“ sorgen, die als erste Paneuropäische Partei bei den Wahlen antreten sollte. Ganley erhoffte sich, 20-30 Sitze im EU-Parlament zu gewinnen. Das wären gerade einmal 4 % der Sitze. In Warschau wolle er, wie in anderen europäischen Hauptstädten, Büros für seine Bewegung eröffnen und politische Verbündete suchen. Zu diesem Zweck traf er sich unter anderem mit dem früheren Politiker der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und Parlamentspräsidenten (10/2005 - 4/2007) Marek Jurek, der heute Vorsitzender der von ihm gegründeten Partei „Rechte der Republik“ ist. Diese Gruppierung erhielt bei den Wahlen im Herbst 2007 unter ein Prozent der Stimmen. In Dänemark hat laut einem Bericht der Zeitung „Politiken“ vom 23. September der frühere langjährige EU Abgeordnete Jens-Peter Bonde „Libertas“ seine Unterstützung zugesagt. Er war Co-Vorsitzende der europakritischen Fraktion „Unabhängigkeit und Demokratie“, mit 22 Abgeordneten die kleinste Fraktion im EU-Parlament. Zu dieser Fraktion gehören auch zwei Abgeordnete der nationalistischen Partei „Liga der polnischen Familien“, die 2006/07 an der Regierung in Polen beteiligt war, aber dann bei den Wahlen mit nur mehr 1,3 Prozent der Stimmen aus dem Parlament ausschied. Ganley hatte früher bereits angekündigt, die Kampagnen der Europaskeptiker unterstützen und koordinieren zu wollen.

In Polen hat Ganley denen, die noch an den Reformvertrag glauben, empfohlen, Blumen zu kaufen und sie auf das Grab des Vertrages zu legen. Die Forderung Pötterings, die Hintergründe der Finanzierung der Kampagne in Irland aufzuklären, nannte er „schändlich“ und versuchte den Parlamentspräsidenten mit dunklen Andeutungen über dessen Vergangenheit zu verunglimpfen. Pöttering und seine Anhänger verfolgten eine absurde Obsession.

Das seien Lügen, die vom KGB stammten, sagte Ganley laut Nasz Dziennik.

Dort distanzierte sich der PiS Europaabgeordnete Konrad Szymański von den Brüsseler Verdächtigungen. Die Frage der Finanzierung der Kampagne in Irland sei Sache des Landesrechts und nicht des EU-Parlamentes. Er kritisierte seinerseits die negative Kampagne gegen die diejenigen, die das irische Ergebnis begrüßten. Da dieser Tage in Berlin auch der Vorsitzende der britischen Konservativen, David Cameron, erneut seine Ablehnung des EU-Reformvertrages hervorhob und im Falle einer rechtzeitigen Regierungsübernahme ein Referendum ankündigte mit der Empfehlung, mit Nein zu stimmen, erscheint eine erfolgreiche Ratifizierung zunehmend schwierig. Zudem strebt Cameron den Austritt aus der EVP-ED Fraktion des EU-Parlaments an und ist auf der Suche nach Partnern für eine eigene Fraktion. Die könnte er in Parteien wie der tschechischen ODS und der polnischen PiS finden, mit denen allerdings nur wenig Staat zu machen ist. Die ebenfalls europaskeptischen Staatspräsidenten Polens, Lech Kaczyński, und Tschechiens, Václav Klaus, kommen aus diesen Parteien.

Unterdessen wird der Gedanke eines europaweiten Referendums über den Lissabon-Vertrag auch von Experten wie dem Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, Ludger Kühnhardt, befürwortet. In dem gerade erschienenen Heft 352 der Reihe „Kirche und Gesellschaft“, herausgegeben von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, gibt er ein „Plädoyer für eine erneuerte Europäische Union“.